

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 15.03.2016, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Genossenschaftsakademie Weser-Ems,
Oldenburger Straße 118, 26180 Rastede

Rastede, den 03.03.2016

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|--|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.12.2015 | |
| TOP 4 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 5 | Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2016/026 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 6 | Aufstellung des Bebauungsplans 107 - Hugo-Duphorn-Straße
Vorlage: 2016/017 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 7 | Aufstellung des Bebauungsplans 104 A - Erweiterung des Baugebietes Ostermoor II - Ligusterweg
Vorlage: 2016/018 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 8 | Erlass einer Veränderungssperre für das Gewerbegebiet zwischen Finkenstraße und Bahnlinie
Vorlage: 2016/029 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 9 | Windpotenzialstudie Rastede 2016
Vorlage: 2016/035 | Berichterstatter: Herr Röben |

TOP 10	Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro Vorlage: 2016/036	Berichterstatter: Bürgermeister von Essen
TOP 11	Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben unter 5.000 Euro Vorlage: 2016/038	Berichterstatter: Bürgermeister von Essen
TOP 12	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 Vorlage: 2016/046	Berichterstatter: Bürgermeister von Essen
TOP 13	Bericht des Bürgermeisters	
TOP 14	Einwohnerfragestunde	
TOP 15	Schließung der Sitzung	

Seite 2 von 2

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2016/026freigegeben am **02.03.2016****GB 2**

Sachbearbeiter/in: von Häfen, Meike

Datum: 11.02.2016

Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	14.03.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2016	Rat

Beschlussvorschlag:

Herr Sven Linck wird für die Dauer von sechs Jahren erneut in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbek berufen.

Herr Horst Steenken wird aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Gemeindebrandmeister entlassen.

Herr Ingo Riediger wird für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Gemeindebrandmeister berufen.

Herr Heiko Meilahn wird aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Neusüdende entlassen.

Herr Olaf Gebken wird für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Neusüdende berufen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 20 Abs. 4 des Nds. Brandschutzgesetzes werden die Gemeinde- und Ortsbrandmeister sowie deren Stellvertreter für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen. Über die Ernennung beschließt der Rat der Gemeinde nach Anhörung des Kreisbrandmeisters auf Vorschlag der Feuerwehr.

Die Amtszeit des stellv. Ortsbrandmeisters der Einheit Ipwege-Wahnbek, Herrn Sven Linck, endet mit Ablauf des 09.04.2016. In der Jahreshauptversammlung am 08.01.2016 wurde er wieder gewählt und ist daher erneut in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

Die Amtszeit des stellv. Gemeindebrandmeisters, Herrn Horst Steenken, endet mit Ablauf des 29.04.2016. Er stand für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung. Der Vorschlag zur Ernennung des stellv. Gemeindebrandmeisters wird in Gemeinden mit Ortsfeuerwehren von der Mehrheit der Ortsbrandmeister und ihrer Vertreter abgegeben. In der Sitzung des Gemeindekommandos am 09.02.2016 hat sich die Mehrheit der Ortsbrandmeister und Stellvertreter für eine Ernennung von Herrn Ingo Riediger als stellv. Gemeindebrandmeister ausgesprochen. Der Kreisbrandmeister hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Der stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Neusüdende, Herr Heiko Meilahn, hat mit Schreiben vom 27.01.2016 mitgeteilt, dass er sein Amt aus persönlichen Gründen vorzeitig niederlegen möchte. Seine Amtszeit würde erst mit Ablauf des 10.05.2018 enden. In der Jahreshauptversammlung am 26.02.2016 wurde Herr Olaf Gebken als sein Nachfolger gewählt. Dieser erfüllt die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen für die Besetzung dieses Amtes.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2016/017freigegeben am **04.02.2016****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 28.01.2016

Aufstellung des Bebauungsplans 107 - Hugo-Duphorn-Straße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.02.2016	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	01.03.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2016	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 15.02.2016 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplans 107 mit Begründung und örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplans wurden im Sommer 2014 die vorbereitenden bauleitplanerischen Festsetzungen für die Ausweisung eines Wohngebietes im Bereich Am Stratjebusch getroffen. In diesem Zusammenhang ist bereits der Bebauungsplan 99A aufgestellt worden. Nunmehr soll mit dem Bebauungsplan 107 die 1,3 ha große noch verbliebene Fläche für eine Wohnbebauung zur Verfügung gestellt werden.

Der Bebauungsplan sieht vor, im östlichen Teilbereich eine Einzel- und Doppelhausbebauung und im westlichen Teilbereich – wie auch schon im angrenzenden Baugebiet an der Hans-Wichmann-Straße – eine Mehrfamilienhausbebauung zuzu-

lassen. Über die Festsetzungen zur Erhaltung von Wallhecken und zusätzliche Anpflanzflächen soll das Wohngebiet in die Umgebung eingebettet werden und über die Festsetzung von örtlichen Bauvorschriften soll die Gestaltung der Wohnhäuser in einem Mindestmaß gesteuert werden.

Im Rahmen der zwischenzeitlich durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange sind Anregungen insbesondere zur Frage derverkehrlichen Anbindung der Hugo-Duphorn-Straße eingegangen. Dabei wurden von verschiedenen Bürgern verschiedene Varianten bevorzugt (Anbindung über die Schillerstraße, Anbindung über die Hans-Wichmann-Straße, Anbindung über die Carl-Rohde-Straße / Von-Humboldt-Straße).

Zu einem Vorschlag einer Planänderung führen diese Anregungen jedoch nicht. Unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Rahmenbedingungen – vorhandene Verkehrswege, insbesondere der seit den 1960'er Jahren vorhandene „Stich“ der Von-Humboldt-Straße an den Rand des Plangebietes – und der umliegenden Bebauungsstruktur wird die Anbindung an die Carl-Rohde-Straße / Von-Humboldt-Straße weiterhin als vorzuziehende Erschließungsvariante angesehen. Diese Straßen sind aufgrund der vorhandenen Querschnitte geeignet, um den zusätzlichen Verkehr dauerhaft aufnehmen zu können. Das aus den neuen Wohneinheiten resultierende zusätzliche Verkehrsaufkommen ist zudem als geringfügig zu bewerten.

Inwieweit während der Bauphase eine alternative Zufahrtsmöglichkeit in das Wohngebiet realisiert werden kann, wird daher im Zuge der Ausführungsplanung geprüft werden.

Darüber hinaus wurde angeregt, für den bereits im vergangenen Bauabschnitt entfallenen Bolzplatz zwischen Schillerstraße und Köttersweg einen Ersatz zu schaffen. An der Hans-Wichmann-Straße wird ein großzügiger Spielplatz neu eingerichtet werden, sodass aus Sicht der Verwaltung ausreichend Spielmöglichkeiten für Kinder in diesem Siedlungsbereich vorhanden sind.

Die eingegangenen Stellungnahmen haben zu keinen Änderungen des Bebauungsplans geführt, sodass nun der Satzungsbeschluss gefasst werden kann. Nähere Erläuterungen zu den Inhalten des Bebauungsplans und den eingegangenen Stellungnahmen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2016/018freigegeben am **03.02.2016****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 28.01.2016

Aufstellung des Bebauungsplans 104 A - Erweiterung des Baugebietes Ostermoor II - Ligusterweg

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.02.2016	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	01.03.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2016	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 15.02.2016 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan 104 A – Erweiterung des Baugebietes Ostermoor II – Ligusterweg mit Begründung und Umweltbericht sowie die örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Mit dem Satzungsbeschluss des Bebauungsplans 104 A soll das Bauleitplanverfahren für das Baugebiet am Ligusterweg abgeschlossen werden, um der Nachfrage nach Baugrundstücken für den Ortsteil Hahn-Lehmden zu begegnen. Nachdem bereits im Sommer 2015 die frühzeitige Beteiligung durchgeführt worden war (seinerzeit noch zusammen mit dem Teilbereich B am Feldrosenweg) wurde zwischenzeitlich für den Teilbereich A, den es heute zu beschließen gilt, auch die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt.

Im Rahmen dieser Beteiligungen sind vonseiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen eingegangen. Von den Trägern öffentlicher Belange wurden neben Hinweisen zu Erschließungsplanung und redaktionellen Hinweisen keine wesentlichen

Stellungnahmen vorgebracht, sodass nunmehr der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht
4. Faunistischer Fachbeitrag
5. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2016/029freigegeben am **22.02.2016****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 16.02.2016

Erlass einer Veränderungssperre für das Gewerbegebiet zwischen Finkenstraße und Bahnlinie

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	08.03.2016	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.03.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2016	Rat

Beschlussvorschlag:

Für den Geltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplans 6 F II wird die Veränderungssperre Nr. 1 als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Flächen zwischen Finkenstraße und Bahnlinie sind im Bebauungsplan 6 F II als Gewerbegebiet ausgewiesen, sodass auch Einzelhandelsbetriebe mit weniger als 800 m² Verkaufsfläche bzw. weniger als 1.200 m² Geschossfläche zulässig sind. Das Einzelhandelsentwicklungskonzept klassifiziert diesen Bereich als Fachmarktzentrum und schlägt zum Schutz des zentralen Versorgungsbereichs an der Oldenburger Straße vor, an diesem Standort die Ansiedlung von nicht-zentrenrelevanten Sortimenten zu priorisieren beziehungsweise die Neuansiedlung von zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten zu verhindern. Das Einzelhandelsentwicklungskonzept entfaltet jedoch keine unmittelbare Bindungswirkung, sondern ist lediglich als Fachgutachten für die gemeindlichen Bauleitplanungen maßgebend.

Um künftig anstehende Erweiterungen und/ oder Neuansiedlungen entsprechend den Inhalten des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes nachhaltig steuern zu können, ist vorgesehen, den Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans 6 F II zu fassen.

Um zu vermeiden, dass sich die städtebaulichen Strukturen im Geltungsbereich vor Rechtswirksamkeit der 4. Änderung des Bebauungsplans 6 F II in einer nicht gewollten Form entwickeln, ist demnach die Aufstellung einer Veränderungssperre erforderlich.

Die Veränderungssperre gilt für zwei Jahre und kann gegebenenfalls um ein weiteres Jahr verlängert werden, falls dies erforderlich ist (§ 17 BauGB). In diesem Zeitraum dürfen die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen sowie wertsteigernde Veränderungen an den Grundstücken nicht durchgeführt werden (§14 BauGB). Von der Veränderungssperre können Ausnahmen zugelassen werden, wenn öffentliche Belange dem beantragten Vorhaben nicht entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Textteil der Satzung
2. Lageplan zur Veränderungssperre Nr. 1

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2016/035

freigegeben am **26.02.2016**

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 19.02.2016

Windpotenzialstudie Rastede 2016

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	08.03.2016	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.03.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2016	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Rastede spricht sich für die Entwicklung von Windenergieflächen aus und beabsichtigt insoweit die Erweiterung der jetzigen Konzentrationsflächenplanung.
2. Die in Ansehung der Entscheidung zu Ziffer 1. erarbeitete Windpotenzialstudie Rastede 2016 gemäß der Anlage 2 zu dieser Vorlage wird beschlossen.
3. Die Teilflächen, die im Zuge der Windpotenzialstudie Rastede 2016 mindestens die Qualitätsstufe „Mittlere Empfindlichkeit“ oder besser haben, werden für die planerische Entwicklung von Windenergieflächen in Aussicht gestellt.
4. Im Zuge der Erweiterung der Windenergieflächen ist eine umfassende Möglichkeit zur Beteiligung der Bürger anzustreben.

Sach- und Rechtslage:

Bereits in den 90er-Jahren hatte sich die Gemeinde intensiv mit der Thematik „Erneuerbare Energien“ beschäftigt und eine sogenannte Konzentrationsflächenplanung im Sinne des § 35 Abs. 3 Baugesetzbuch für den Bereich Liethe in Bezug auf Windenergie beschlossen.

Während dies gemessen am Ergebnis aus heutiger Sicht eher als „Einstieg“ zu werten war, haben sich zwischenzeitlich technische, rechtliche aber vor allem auch gesellschaftliche Entwicklungen ergeben, die die Gemeinde spätestens 2012 wieder aufgenommen hat, um sich mit der Thematik erneut intensiv auseinanderzusetzen.

Nachdem Untersuchungen im Land Niedersachsen und darüber hinaus ergeben haben, dass Windenergie, die aus Sicht der erneuerbaren Energien - die derzeit - wohl ertragsreichste Form der Energiegewinnung darstellt, zu entwickeln wäre, hat die kommunale Ebene - bestehend aus Landkreis und Gemeinden im Ammerland – diese Überlegungen aufgegriffen. So wurde beispielsweise auf Kreisebene ein Beschluss gefasst, bereits bis zum Jahre 2020 insgesamt 50 Prozent des Stromverbrauches im Ammerland aus regenerativen Energien decken zu wollen. Gemeinsam wurde deshalb von den Kommunen eine Windpotenzialstudie erarbeitet, die der Frage nachgegangen ist, ob und wenn ja wo geeignete Flächen zur Aufstellung von Windenergieanlagen vorhanden wären.

Dieser Prozess ist auch in der Gemeinde Rastede intensiv begleitet worden (vergleiche hierzu Vorlagen 2012/091, 2012/147 und 2013/018). Zielsetzung war jedoch auch von Anfang an, dass Rastede kein Interesse daran hatte und auch nicht hat, die vom Gesetzgeber eigentlich vorgesehene Privilegierung dieser Anlagen, d. h., die ungeplante und ungesteuerte Zulässigkeit in jedem Teil des Außenbereiches zu akzeptieren. Vielmehr bestand von Anfang an Klarheit darüber, diesen Prozess durch Zugrundelegung von Planungsparametern zu steuern.

Die Folge dieser grundsätzlich von vielen Kommunen präferierten Verfahrensweise war die Darstellung und potenzielle Entwicklungsmöglichkeit einiger weniger geeigneter Flächen bei einer seinerzeit zugrunde gelegten Anlagenhöhe von 190 m Blattspitze (vergleiche hierzu Windpotenzialstudie Landkreis Ammerland – Anlage 1 zu dieser Vorlage).

Nach endgültigem Abschluss der Windpotenzialstudie vom Landkreis Ammerland hatte die Gemeinde die Ergebnisse in eine Konkretisierung auf das Gemeindegebiet bezogen zunächst zurückgestellt, um aktuelle Erkenntnisse der geplanten Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes abzuwarten. Nachdem diese Ergebnisse nunmehr vorliegen, wurde 2015 die (Weiter-) Entwicklung der Windpotenzialstudie Rastede beauftragt, um konkrete Planungsmöglichkeiten und Vorstellungen für das Gemeindegebiet zu erhalten.

Die Besonderheit der bereits benannten Konzentrationsflächenplanung ist darin zu sehen, dass die Ausweisung von einigen wenigen Flächen unter bestimmten Annahmen in der gesetzlichen Konsequenz zum Ausschluss der Ausweisung weiterer Flächen im sonstigen Gemeindegebiet führt. Diese letztlich die Eigentumsgarantie beschränkende Planung erfordert deshalb eine besonders sorgfältige Auseinandersetzung und Berücksichtigung von Planungsparametern.

Die Gemeinde hat dabei eine Vielzahl von Regelungen, die letztlich auch aus der Rechtsprechung entwickelt worden sind, zu beachten und dieser Planung zugrunde gelegt. Als maßgeblich sind die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes CN 2.07 vom 24.01.2008, 4 CN 1.11 und 4 CN 2.11 jeweils vom 13.12.2012 maßgeblich, jeweils immer wieder weiterentwickelt, zuletzt durch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg 12 KN 216/13 vom 03.12.2015. Sowohl die Vorgehensweise als auch die Überlegung einer Flächenentwicklung insgesamt wurden unter Berücksichtigung dieser Rechtsprechung erarbeitet; die nach wie vor sehr dynamische Rechtentwicklung in dieser Thematik zeigt, dass, unter Berücksichtigung der bundes- und landespolitischen Vorgaben zur Frage der Energieerzeugung, Flächen von Windenergieanlagen zunehmend eine höhere Bedeutung im Verhältnis zu anderen Schutzgütern zugestanden wird.

Dennoch war und ist es für die Gemeinde wichtig, insbesondere Abstandsregelungen gerade zu bebauten Flächen, auch im Außenbereich, in einem möglichst großen Umfang darzustellen; letztlich wurden Abstände gewählt, die, in einer Äquivalenz betrachtet zur Windpotenzialstudie des Landkreises Ammerland, größer ausgefallen sind.

Die Windpotenzialstudie Rastede 2016 steht darüber hinaus in Bezug auf avifaunistische Betrachtung unter dem Vorzeichen, dass dem Grunde nach flächendeckend aktuelle Daten zur Verfügung standen und umfassend in die Potenzialstudie eingeflossen sind. Damit war nicht nur in der Breite sondern auch in der Tiefe der Betrachtung die Möglichkeit gegeben, eine ausdifferenzierte Studie entwickeln zu können. Dabei hat sich gezeigt, dass einzelne Flächen besondere Vorbehalte in der Nutzung aufweisen. So sind naturräumliche Gegebenheiten für einen Weißstorch, einen Seeadler und Regenbrachvögel zu beachten. Eine Bauleitplanung innerhalb dieser Bereiche wird sich deshalb in einer besonderen artenschutzspezifischen Untersuchung mit dieser Problematik auseinandersetzen haben, wobei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorhergesagt werden kann, ob und inwieweit eine Lösungsmöglichkeit überhaupt besteht. Auf die einzelnen Belange wird im Rahmen der ausführlichen Vorstellung in der Sitzung des Ausschusses ausführlich eingegangen werden.

Daneben wurde Wert darauf gelegt, bestimmte Vorgaben der zukünftigen Planung sicherzustellen. Dazu gehört auch, nicht nur der „Windenergie substanziell Raum“, wie dies durch die Rechtsprechung gefordert wird zu geben, sondern auch auf das Landschaftsbild Rücksicht dergestalt zu nehmen, dass die maximale Höhe der Anlagen 150 m betragen soll. Dieser Wert entspricht einem Kompromiss einerseits notwendiger wirtschaftlicher Überlegungen zum Betrieb solcher Anlagen, andererseits berücksichtigt er aber die Erlebbarkeit innerhalb des Landschaftsbildes auch über größere Distanzen. Deshalb wurde in die Überlegung auch die Distanz zwischen Windparks, die zum Teil noch errichtet werden sollen, berücksichtigt, so in Oldenburg, Jade und Ovelgönne.

Insgesamt wurden nur die Flächen ausgewählt, die, in einem Windpark zusammengekommen, eine Mindestanzahl von drei Anlagen ergeben. Dabei hat sich im Rahmen der Untersuchung gezeigt, dass, wie erwartet, unterschiedliche Restriktionen in den einzelnen Flächen bestehen. Die Potenzialstudie hat eine Wertung vorgenommen, die in die Qualitätsstufen geringe, mittlere, hohe und sehr hohe Empfindlichkeit mündet. Die weiteren speziellen Bewertungsergebnisse sind in der Windpotenzialstudie näher dargestellt; auf den Inhalt wird insoweit verwiesen.

Von Anfang an wurde in der Gemeinde Wert darauf gelegt, dass Windenergieanlagen einer grundsätzlichen Akzeptanz der Bevölkerung bedürfen. Deshalb soll die Möglichkeit eröffnet werden, im Zusammenhang mit einer Beteiligungsmöglichkeit Einfluss auf den Betrieb und die wirtschaftliche Gestaltung nehmen zu können.

Details hierzu werden sich allerdings erst im Rahmen einer konkreten Planung zeigen können.

Dies führt auch zur Erläuterung und der Sinnhaftigkeit dieser Studie: Sie dient ausschließlich der Abwägungseinschätzung des Rates der Gemeinde Rastede, konstruktiv über die Erweiterung von Flächen für Windenergieanlagen in Bezug auf bestimmte Teilbereiche der Gemeinde entscheiden zu können.

Weder die Studie noch der Beschluss können aber letztlich dass sich notwendigerweise anschließende Flächennutzungsplan- bzw. Bebauungsplanverfahren ersetzen, welches überhaupt erst die Möglichkeit einer baulichen Realisierung schaffen kann. Ob und inwieweit von dieser Möglichkeit aufgrund dieser Studie Gebrauch gemacht wird, hängt nicht allein von der Gemeinde ab, sondern berührt die Interessenlagen potenzieller Investoren ebenso wie die von betroffenen Grundstückseigentümern.

In Bauleitplanverfahren würden verbindliche Verpflichtungen gegenüber den Betreibern derartiger Anlagen erhoben werden, eine Vielzahl von Planungsparametern betreffend.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Aufwendungen für diese Studie werden, soweit sich hieraus konkrete Bauleitplanverfahren entwickeln, über städtebauliche Verträge den Investoren auferlegt.

Anlagen:

Anlage 1: Standortkonzept Windenergie 2013 Landkreis Ammerland 2013 (ohne Kartenmaterial)

Anlage 2: Windpotenzialstudie Rastede 2016 – wird aufgrund des großen Datenvolumens als CD per Post zugestellt

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2016/036freigegeben am **02.03.2016****Stab**

Sachbearbeiter/in: G.Röben

Datum: 23.02.2016

Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	14.03.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2016	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit dem 03.11.2015 angefallen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von jeweils über 5.000 Euro aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Sachkonten in anderen Budgets im Haushalt 2015 (Minderaufwendungen oder Mehrerträge, Minderauszahlungen oder Mehreinzahlungen) vorhanden. Im Zuge der Erstellung der Jahresrechnung ist es möglich, dass für 2015 noch weitere über- und außerplanmäßige Ausgaben anfallen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben seit dem 03.11.2015 in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

Hinweis zur Anlage:

In der Aufstellung sind auch Beträge unter 5.000 Euro enthalten. Die Wertgrenze von 5.000 Euro bezieht sich nicht auf die einzelne Zahlung, sondern auf die Höhe der Überschreitung eines jeweiligen Budgets. Die in der Anlage aufgeführten Zahlungen sind also vorangegangenen überplanmäßigen Ausgaben hinzurechnen, woraus sich eine Überschreitung von über 5.000 Euro ergibt.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2016/038freigegeben am **02.03.2016****Stab**

Sachbearbeiter/in: G.Röben

Datum: 23.02.2016

Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben unter 5.000 Euro

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	14.03.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2016	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils unter 5.000 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die im Haushaltsjahr 2015 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils unter 5.000 Euro aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Sachkonten in anderen Budgets im Haushalt 2015 (Minderaufwendungen oder Mehrerträge, Minderauszahlungen oder Mehreinzahlungen) vorhanden. Im Zuge der Erstellung der Jahresrechnung ist es möglich, dass für 2015 noch weitere über- und außerplanmäßige Ausgaben anfallen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab dem 01.01.2015 in Höhe von jeweils unter 5.000 Euro.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2016/046freigegeben am **01.03.2016****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 25.02.2016

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	14.03.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2016	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Ratsbeschluss vom 15.12.2015, Vorlage 2015/137a, wird wie folgt neu gefasst:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2016 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	35.604.499 Euro
bei den Aufwendungen mit	35.604.499 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender Verwaltung	31.539.920 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	30.276.109 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	6.307.930 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	13.492.700 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	6.520.959 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	600.000 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm 2016 bis 2019 wird beschlossen.
4. Die Finanzplanung 2016 bis 2019 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Verwaltung hat die beschlossene Haushaltssatzung und den beschlossenen Haushaltsplan dem Landkreis Ammerland zur Prüfung und Genehmigung der genehmigungspflichtigen Teile vorgelegt.

Der Landkreis stellt fest, dass die genehmigungspflichtigen Teile des Haushalts (Gesamtbetrag der Kreditaufnahme und Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen) zu genehmigen sind. Der Beschluss des Rates vom 15.12.2015 über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan wird dennoch beanstandet, weil er das Gesetz verletzt. Zwei Verletzungen wurden angeführt:

- Die Haushaltssatzung wurde mit falschen Beträgen für den Ergebnishaushalt beschlossen, weil sie
 - den Überschuss der Erträge über den Aufwendungen nicht berücksichtigt und
 - den Ertrag aus dem Verkauf von Grundstücken nicht in richtiger Höhe berücksichtigt
- Der Haushaltsplan enthält wiederholt keine Werte in der Spalte „Rechnungsergebnis des Vorvorjahres“

Hierzu ist im Einzelnen folgendes auszuführen:

a) Ertrag aus dem Verkauf von Grundstücken

Das beschlossene Investitionsprogramm sieht folgende Einnahmen vor:

Investitionsprogramm 2016			Planungsjahre	2016
				Plan
P1.03.01. 571000	TH3_03	Wirtschaftsförderung	Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2016	850.000
P1.04.02. 522200	TH4_01	Grunderwerb zur Weiterveräußerung (zur Bereitstellung von Bauland für den Wohnungsbau), eigener Wohnungsbau	Objekt: BPl. 104, Erweiterung Hahn-Lehmden, "Am Ostermoor III"	
			- Verkauf	350.000
			Objekt: BPl. 99b, Stratjebusch, II.BA	
			- Verkauf	475.000
			Objekt BPl. 100, Göhlen	
			- Verkauf	
			Objekt: BPl. Südlich Schlosspark III	
			- Verkauf	2.240.000
				3.915.000

Für diese Einnahmen müssen im Ergebnishaushalt die Erträge ausgewiesen werden. Das ist wie folgt geschehen:

Kostenarten	Ist	Proj. Plan
342100 Ertr. aus Verkauf	54.700,48-	2.500.000,00-
342110 Ertr. aus Verk. (AW)	8.664,57	1.066.000,00
* Alle Kostenarten	46.035,91-	1.434.000,00-

Der v.g. Saldo zwischen Ertrag (342100) aus Verkauf und Anschaffungswert (342110) von 1.434.000 Euro ist der im Ergebnishaushalt veranschlagte Ertrag.

Anstelle der im Investitionsprogramm veranschlagten 3.915.000 Euro wurde, wie der vorstehenden Tabelle zu entnehmen ist, für die Berechnung des Ertrages im Ergebnishaushalt allerdings nur ein Volumen von 2.500.000 Euro berücksichtigt. Also zu niedrig. Die korrekte Berechnung hätte wie folgt ausgesehen:

Kostenarten	Ist	Proj. Plan
342100 Ertr. aus Verkauf	102.318,43-	3.915.000,00-
342110 Ertr. aus Verk. (AW)	33.895,57	1.660.000,00
* Alle Kostenarten	68.422,86-	2.255.000,00-

Der richtige Ertrag lautet demnach 2.255.000 Euro, also 821.000 Euro mehr. Der Fehler ist dadurch entstanden, dass im Laufe der verwaltungsinternen Planung anfänglich von einem Verkauf in Höhe von 2.500.000 Euro ausgegangen wurde. Die späteren Korrekturen im Investitionsprogramm haben leider nicht mehr dazu geführt, im Ergebnishaushalt die Ertragsentwicklung nachzuführen.

b) Überschuss der Erträge über den Aufwendungen

Der Gesamtergebnishaushalt, der dem Rat vorgelegen hat, enthielt folgende Zahlen:

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2016 1) - Euro -
Ordentliche Erträge	
12.= Summe ordentliche Erträge	-34.783.499
Ordentliche Aufwendungen	
20. Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO	199.045
21.= Summe ordentliche Aufwendungen	34.584.454
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO	199.045
22. ordentliches Ergebnis	-199.045

199.045
34.584.454
34.783.499

Man sieht, dass die Erträge (Zeile 12) und Aufwendungen (Zeile 21) nicht gleich hoch sind. Das darf nicht sein. In der Summe der Aufwendungen (Zeile 21) ist der Überschuss (Zeile 20) nicht enthalten. Tatsächlich also ist der Ergebnishaushalt ausgeglichen. In die Formulierung des Beschlusses und in die Haushaltssatzung wurde fälschlicherweise nicht der Betrag von 34.783.499 Euro übernommen, sondern der zu niedrige Betrag von 34.584.454 Euro. Diese Darstellung wird bemängelt.

c) Ergebnis hinsichtlich der Überschüsse

Die vom Rat am 15.12.15 beschlossene Haushaltssatzung berücksichtigt einerseits als Zahl also nicht den dem Rat schon bekannten Überschuss in Höhe von 199.045 Euro, andererseits fehlt beim Überschuss tatsächlich der aus den Verkäufen resultierende zusätzliche Ertrag in Höhe von 821.000 Euro. Auch hier war die richtige Einnahmehöhe im Investitionsprogramm berücksichtigt.

Auswirkung:

Die vorbeschriebenen Fehler haben in keiner Weise eine Auswirkung; insbesondere beeinflusst der zu niedrig veranschlagte Überschuss nicht die Kreditaufnahme und hat nichts mit Liquidität zu tun. Es handelt sich „lediglich“ um einen Fehler bei der richtigen Darstellung des nichtliquiden Überschusses. Durch den fehlerhaften Beschluss wurde hinsichtlich der Ausgabeermächtigungen nichts beschnitten. Der Landkreis hält dies allerdings für eine Gesetzesverletzung, die ohne neue Beschlussfassung durch den Rat nicht zu heilen ist.

d) Im Haushaltsplan ist die Spalte „Rechnungsergebnis des Vorvorjahres“ nicht gefüllt

Die Verwaltung füllt diese Spalten seit Einführung der Doppik ganz bewusst nicht, soweit es den Ergebnishaushalt betrifft; dies aus folgendem Grund: Der Ergebnishaushalt basiert nicht nur auf Liquiditätsbewegungen, sondern auch auf nichtliquiden Vorgängen wie Abschreibungen und Rückstellungen u. a. für Pensionen, Urlaub und Überstunden.

Diese Werte waren im Zeitpunkt der Erstellung eines Haushaltsplanes für das „Vorvorjahr“ jeweils nicht bekannt. Entsprechende Hinweise im Zusammenhang mit der Aufholung der Jahresabschlüsse und den damit verbunden Hinweisen sind, unter Berücksichtigung der Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes, den politischen Gremien immer wieder vorgetragen worden. Dieser Umstand soll ab jetzt nicht mehr hingenommen werden.

Im Hinblick auf die zeitliche Abfolge und den Umstand, dass aus dem Haushaltsplan heraus zeitnah Maßnahmen umgesetzt werden sollen, wurde die anstehende Ratsitzung als Beschlusszeitpunkt gewählt. Eine gesonderte Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss war insoweit zeitlich nicht mehr rechtzeitig zu initiieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt. Die Änderungen stellen lediglich ergebniswirksame Änderungen im nichtliquiden Bereich dar.

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltssatzung alt und neu

Anlage 2: Gesamtergebnishaushalt alt und neu (jeweils betroffener Auszug)

Anlage 3: Teilhaushalt 3_03 alt und neu (jeweils betroffener Auszug)

Anlage 4: Teilhaushalt 4_01 alt und neu (jeweils betroffener Auszug)